

Telefon: [REDACTED]
Fax: [REDACTED]
E-Mail: [REDACTED]

Bundestagebau Garzweiler

Widerspruch gegen den o.g. Bescheid

Sehr geehrter Herr Dr. Kühne, sehr geehrte Damen und Herren des Bundesdatenschutzbeauftragten,

ich informiere Sie hiermit, dass ich in oben bezeichneter Sache beabsichtige eine **Verpflichtungsklage** gegen Ihr Ministerium mit Sitz in Bonn anstrebe.

Vorbemerkung

Legal advice (free of charge): I do not have the US american citizenship, yet. However, I hope it will be granted to me after having filed the application. During the Corona virus pandemic I can not travel on US soil. The case against RWE AG will not be filed at your headquarters, CEO Svenja Schulze, UBA; it will be filed either in Delaware or California.

Antrag

Ich beantrage hiermit feststellen zu lassen:

1. Aufgrund des offensichtlich verfassungswidrigen Kohleausstiegsgesetz genießt der Tagebau Garzweiler den Status 'energiepolitisch systemrelevant'. Durch diese Adaption eines einzelnen Tagebaus, welcher sich anscheinend - aufgrund von Anhaltspunkten welche Ihrem Haus, namentlich dessen Chef Peter Altmeier, sowie dem Haus des BMU, namentlich dessen Chefin, Svenja Schulze vorliegen - **herausragend** von allen anderen Tagebauanlagen unterscheidet, geht unmittelbar hervor, dass Bundesgesetze der Bundesrepublik Deutschland, nicht jedoch Landesgesetze der Bananenrepublik NRW, Nordrhein-Westfalen, gelten.
2. Das Umweltbundesamt mit Sitz in Dessau ist die oberste Aufsichtsbehörde für Tagebaue, Verbrechen aufgrund des Umweltschutzrechts, Aufsicht über die CO2-Bilanzierung mittels Thru.
3. Selbst wenn es sein könnte, dass es der Bundesrepublik Deutschland nicht zuzumuten ist, Bundesgesetze für einen einzigen Tagebau zu erlassen, hilsweise das

Bergbaurecht bundesweit zu vereinheitlichen, so kann sich das Umweltbundesministerium als Bundesministerium nicht darauf berufen, dass Landesrecht für genau diesen Tagebau gilt.

4. Das Kohleausstiegsgesetz ist ein gemeinsames Gesetz Ihres Ministeriums sowie des anderen Ministeriums (BMU).
5. Das andere Ministerium per Bescheid des o.g. Aktenzeichens erklärt, dass für die Braunkohleverstromung Ihr Haus zuständig ist.

Sachverhalt

Die RWE AG, Essen, ISIN DE0007037129, ist eine Betrugsunternehmensgruppe deren einziges Geschäftsziel es war, ist, bleibt kostenlos in NRW hochgiftige Braunkohle zu fördern, verarbeiten, verstromen. Dieses Geschäftsziel war schon immer ein Verstoß gegen Art. 1 GG. Lediglich die laxe Auslegung dieses Paragraphen, welche sich durch den Dieselgate-Skandal des Betrugs- und Naziunternehmens Volkswagen zum Positiven gedreht hat, hat in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass der RWE der Tagebaubetrieb nicht - wie etwa der LEAG beim Tagebau Jänschwalde - richterlich untersagt wurde.

Dieses Betrugsunternehmen hat unter Verwendung unlauterer Geschäftspraktiken erwirkt, dass die RWE Lobbyistin Svenja Schulze - welche auf einem Foto zusammen mit mutmaßlichen Beschäftigten der RWE in einem Labor in weißer Arbeitskleidung zu erkennen ist - von der Braunkohlepartei SPD zur Umweltministerin ernannt wird. Ihre Vorgängerin, Barbara Hendricks, hätte das Gesetz **niemals** unterschrieben.

Das Gesetz ist demzufolge nicht nur verfassungswidrig, sondern auch ein einzelner Akt der Korruption. Es ist dennoch vorläufig in Kraft, weshalb für den Tagebau Garzweiler das Bundesrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt.

Gründe

Aufgrund der Pandemie mit Sars-Cov2 ist es mir unzumutbar sofort eine Verpflichtungsklage gegen Ihr Haus vor dem zuständigen Amtsgericht Berlin zu erwirken. In einem Urteil des Brandenburgischen Oberlandesgerichts heißt es, dass - insbesondere - während der Coronapandemie Gerichte im Wege der Rechtshilfe tätig werden dürfen und dies **müssen**, wenn es die Umstände erfordern.

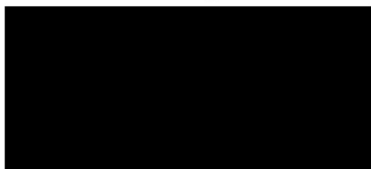
Nach Paragraph 99 und 100 sind **Sie** verpflichtet

1. zu begründen, warum ausgerechnet dieser Tagebau angeblich systemrelevant ist.
2. warum zwar Bundesrecht für Rechte des Betrugsunternehmens RWE AG gilt, Pflichten, insbesondere die Veröffentlichungspflicht des angefragten Dokumentes, aufgrund von Landesgesetzen jedoch ausgesetzt sind.

Frist

Gemäß VwGO haben Sie einen Monat Frist zu Stellungnahme. Sie haben es zu vertreten, wenn das Hause des Ulrich Kelbers schneller ist als Sie.

Hochachtungsvoll



Kopie an: Bundesdatenschutzbeauftragten Ulrich Kelber